

# Zur Halbzeit ein Blick zurück

## Ein Vergleich zwischen dem aktuellen Bürgerschaftsprogramm und seinem Vorgänger

Christine Wingert und Marje Brütt

Die aktuelle Förderperiode des EU-Programms »Europa für Bürgerinnen und Bürger« von 2014 bis 2020 nähert sich ihrer Halbzeit, so dass erste Tendenzen hinsichtlich der Beteiligung und des Erfolges von Antragstellern ersichtlich werden.

### Anzahl der eingereichten Anträge

Die Anzahl der eingereichten Anträge aus allen teilnehmenden Ländern lag 2015<sup>1</sup> bei rund 2.720, 2016 bei 2.430. Das ist deutlich weniger als zu Zeiten des Vorgängerprogramms: Dieses startete 2007 zwar mit 2.060 Einreichungen europaweit und erreichte aber 2013 mit rund 3.390 seinen Höchststand.

Stärker noch als die Gesamtzahl der Einreichungen aus allen Ländern hat sich die Beteiligung von Kommunen, Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Deutschland verringert: Während in der vorherigen Förderperiode durchschnittlich 375 Anträge pro Jahr bei der EACEA eingingen, hat sich der Wert mit aktuell durchschnittlich 150 Anträgen jährlich mehr als halbiert.

Nichtsdestotrotz steht Deutschland im Ländervergleich ganz gut da: Deutsche Koordinatoren gehören neben Antragstellern aus Ungarn, Italien, Polen und der Slowakei zu den aktivsten. Auch aus Rumänien kamen in den letzten Jahren sehr viele Anträge. Im Zeitraum von 2007 bis 2013 stand Deutschland sogar an zweiter Stelle im Hinblick auf die Anzahl aller europaweit eingereichten Anträge.

### Bürgerbegegnungen und Geschichtsprojekte

Die meisten Anträge werden für die Förderung von Bürgerbegegnungen gestellt,

<sup>1</sup> Das aktuelle Bürgerschaftsprogramm startete aufgrund politischer Querelen erst im April 2014, daher sind die absoluten Zahlen des ersten Jahres nicht aussagekräftig.

mit rund 1.400 weit mehr als die Hälfte aller Einreichungen des Jahres 2015. 2016 waren es nur knapp 1.100 Anträge. Im Vergleich zur vorherigen Förderperiode scheint das Interesse an den EU-Mitteln für Bürgerbegegnungen jedoch abgenommen zu haben: In den Jahren 2007 bis 2013 wurden durchschnittlich rund 1.550 Anträge eingereicht, 2013 waren es sogar knapp 1.700.

Weiterhin beliebt ist die Förderung von Geschichtsprojekten: In den ersten drei Jahren des aktuellen Bürgerschaftsprogramms wurden durchschnittlich 500 Projektanträge europaweit eingereicht. Das sind sogar mehr als in der Vorgängerperiode. In den Jahren 2007 bis 2013 war das Interesse an europäi-



scher Erinnerungsarbeit so deutlich gestiegen, dass die EU ihre Förderung mit dem neuen Programm sowohl finanziell als auch konzeptionell aufwertete.

Die Anzahl der Einreichungen und ihre Entwicklung variieren je nach Fördermaßnahme. Generell ist jedoch zu konstatieren, dass die Beteiligung an dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« abgenommen hat. Die Gründe sind vielfältig, zuallererst ist das geringe Finanzvolumen dafür verantwortlich; denn es können nur noch deutlich weniger Projekte gefördert werden als früher.

### Bewilligungen und Erfolgsquoten

Europaweit wurden in allen Fördermaßnahmen zusammen zwischen 330 und 340 Projekte ausgewählt. Diese Zahl wird in den nächsten Jahren nur geringfügig steigen, wenn es bei dem für die Jahre 2014 bis 2020

festgelegten Programmvolumen von 185,4 Mio. Euro bleibt. Von den Anträgen, die deutsche Koordinatoren eingereicht haben, wurden in den drei vergangenen Jahren zwischen 30 und 40 Projekte ausgewählt. Betrachtet man das Verhältnis zwischen Antragseinreichung und Projektauswahl bei den europaweit eingereichten Anträgen, ergibt sich eine Erfolgsquote von durchschnittlich 15 Prozent. Demgegenüber scheint die Qualität der aus Deutschland eingereichten Anträge zu überzeugen, denn deren durchschnittliche Erfolgsquote lag in den Jahren 2014 bis 2016 bei 25 Prozent.

Der Vergleich zum Vorgängerprogramm in absoluten Zahlen zeigt eine frappierende, aber stetige Verringerung der geförderten Projekte: Während 2007 noch 1.125 Projekte gefördert werden konnten, waren es 2013 nur noch rund 470 Projekte europaweit. Grund für die Verringerung in der vorhergehenden Förderperiode sind die höheren Zuschüsse, die pro Projekt ausgezahlt wurden, während das gesamte Programmvolumen bei 215 Mio. Euro blieb. Da verwundert es wenig, dass sich Kommunen und Vereine, die in früheren Jahren erfolgreich Anträge bei der EU stellten, heute frustriert abwenden. Die Erfolgsaussichten für diejenigen, die sich dem Antragsstress dennoch aussetzen, sind – Ironie der Geschichte – dadurch allerdings gestiegen.

Angesichts der Zunahme von Rechtspopulismus und Euroskeptizismus bleibt zu hoffen, dass das Europäische Parlament mit seiner Forderung nach einer Aufstockung des Programmbudgets auf einen Euro pro EU-Bürger Gehör finden wird, damit das Programm seinen Beitrag zu einem vielfältigen und friedlichen Europa leisten kann. ■

*Die KS EFBB wird gefördert durch die Generaldirektion Migration, Inneres und Bürgerschaft der Europäischen Kommission aus dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« sowie vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.*